

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Manfred Eibl

Abg. Christian Zwanziger

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Michael Hofmann

Abg. Klaus Adelt

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Annette Karl

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Staatsministerin Kerstin Schreyer

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Hubert Aiwanger

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Lehren aus Corona - Einheitlich ermäßigten Umsatzsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe (Drs. 18/11191)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Kollegen Manfred Eibl das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Gastronomie und die Hotellerie gehören zu den Branchen, die am stärksten unter den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie leiden. Nach Aussagen von Verbänden werden deren Auswirkungen umfängliche Folgewirkungen nach sich ziehen, unter anderem Betriebsaufgaben und Insolvenzen.

Bayern ist Tourismusland Nummer eins in Deutschland. Der Gastronomie kommt ebenso wie der Hotellerie dabei eine besondere wirtschaftliche Bedeutung zu. Der soziale und vor allem kulturelle Aspekt unserer Wirtshäuser ist ebenso hoch zu bewerten. Es gibt nur wenige Einrichtungen, die ein Gefühl sozialen Miteinanders und der Heimatverbundenheit besser vermitteln als unsere Gasthäuser. Das Gaststättensterben schreitet auch coronabedingt massiv voran. In den Städten werden Restaurants durch Imbisse, Bäckereien und den Lebensmitteleinzelhandel verdrängt. Auch in den ländlichen Regionen verschwinden immer mehr unserer lieb gewordenen Gasthäuser.

Natürlich ist die aktuelle Pandemie nicht der einzige Grund für diese negative Entwicklung. Hinzu kommen der vorherrschende Personalmangel, Bürokratie und Dokumentationspflichten, die fehlende öffentliche Wertschätzung wie auch eine steuerpolitische Ungleichheit, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

In 21 von 28 EU-Staaten gibt es bereits einen verminderten Mehrwertsteuersatz. In 17 Staaten wird zwischen dem Essen aus dem Supermarkt, dem Essen beim Gehen und Stehen und dem Essen in Gasthäusern oder Restaurants kein steuerlicher Unterschied mehr gemacht. Schauen wir auf Österreich: Dort beträgt der Umsatzsteuersatz 5 % und in Tschechien in 10 %.

Wir fordern daher mit diesem Dringlichkeitsantrag, dass sich die Staatsregierung, auch vor dem Hintergrund des erneuten Teil-Lockdowns, auf Bundesebene weiterhin dafür einsetzt, dass Verpflegungsleistungen in Hotellerie und Gastronomie dauerhaft und unabhängig von der Art der Zubereitung und des Verzehrortes einheitlich mit einem ermäßigten Umsatzsteuersatz von derzeit 7 % besteuert werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um Ihre Unterstützung und uneingeschränkte Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag, um unseren Wirtinnen und Wirten in der Gastronomie und den Eigentümern in der Hotellerie ein Stück Hoffnung für die Zukunft mit auf den Weg zu geben.

Wir setzen damit ein Zeichen gegen das Sterben unserer Wirtshäuser, für den Erhalt der gastronomischen Vielfalt, für die Förderung von ökologischen und regionalen frischen Küchen, für eine nachhaltige Tourismusentwicklung, aber auch für die Sicherung von 600.000 Arbeitsplätzen in Bayern. Vor allem aber müssen wir eines tun: Wir müssen jungen Betriebsnachfolgerinnen und Betriebsnachfolgern eine gewisse Perspektive und Hoffnung seitens der Politik mit auf den Weg geben. Auch wenn wir im Bund bis dato zu keinem Erfolg gekommen sind, können wir heute der Gastronomie und Hotellerie in Bayern mitteilen: Wir werden bei diesem Thema nicht aufgeben und stehen an Ihrer Seite.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich bitte Sie alle um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Eibl. – Nächster Redner ist Herr Kollege Christian Zwanziger für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein wiederkehrendes Thema. In der letzten Wahlperiode gab es drei Anträge von den FREIEN WÄHLERN. Bei den damaligen Ablehnungsgründungen der CSU könnte ich größtenteils mitgehen, zumindest anhand dessen, was ich in den Protokollen gefunden habe. In dieser Wahlperiode haben wir schon einmal einen Antrag beschlossen. Ich stelle die Frage: Glauben Sie nicht daran, dass die eigene Staatsregierung das, was wir hier beschließen, auf Bundesebene wirklich nachverfolgt, oder warum müssen wir das an dieser Stelle immer wieder bekräftigen?

(Zuruf: Sie sind in der Regierung und könnten sich auf Bundesebene einsetzen!)

Nun aber zum Thema: Es ist klar, dass sich Gastronomie und Hotellerie gerade wieder in einer sehr schwierigen Situation befinden. Auch mich ärgert, dass wir wieder in der Situation sind, in der wir Kontaktbeschränkungen brauchen und Kontakte reduzieren müssen, weil die Fallzahlen zu hoch sind. Mich ärgert, dass viele Betriebe, die gute Hygienekonzepte hatten, trotzdem schließen müssen, damit die Kontakte reduziert werden. Wir brauchen nicht um den heißen Brei herumzureden: Wir müssen das besser vorbereiten. Schnelltests müssen funktionieren. Die Kontaktnachverfolgung muss besser werden. Wir dürfen eine solche Situation nicht wieder bekommen.

Ich erinnere mich noch an den Bayerischen Gastgebtag. Da hatten Sie, Herr Aiwan-ger, sehr laut und vehement betont, dass es nicht zu einer solchen Situation kommen darf. Zwei Wochen später war sie dann da. Den Betrieben geht es schlecht, aber ich frage mich: Meinen Sie die vorgeschlagene Mehrwertsteuersenkung als Maßnahme gegen diese Krise ernst? – Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie das ernst meinen. Es gibt einerseits strukturelle Hilfen und andererseits Nothilfen. Im Antrag wurde vor

allem die Nothilfe herausgestellt; gerade hat Herr Eibl aber die strukturellen Hilfen hervorgehoben.

Kurz zu den strukturellen Hilfen: Wir sind für eine Mehrwertsteuerreform. Wir sind für eine Mehrwertsteuerreform, die weniger durcheinanderbringt. Was Sie vorschlagen, bringt mehr durcheinander. Wo hören wir denn da auf? – Kinos, Schwimmbäder und andere Angebote haben dann ja auch geschlossen. Die haben auch gerade existenzielle Probleme. Ich stelle mich hier nicht hin und sage: Den einen gebe ich es, und den anderen gebe ich es nicht. Deswegen sind wir für eine grundsätzliche Mehrwertsteuerreform. Dafür hätten Sie auch unsere Zustimmung bekommen, aber nicht für so ein Flickwerk.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann betonen Sie immer den Wettbewerb mit dem Ausland. Wenn ich mit den Verbänden rede, zum Beispiel mit DEHOGA oder anderen, ist das Argument, dass sie eine größere Marge brauchen, um investieren zu können. Umgekehrt nennen Sie jetzt auch die Preise und den Preisdruck aus dem Ausland. Entweder man will die größere Marge haben, um zu investieren, oder der Preisdruck ist so hoch. Wenn die Mehreinnahmen einbehalten werden, ist das Preisargument ein bisschen hinfällig. Das haben Sie jetzt aber auch nicht ausgeführt.

Mein Appell ist, dass Sie strukturell auf Bundesebene eine grundlegende Mehrwertsteuerreform anstreben. Machen Sie das, was die CSU in der letzten Wahlperiode mit der Ablehnung der Anträge der FREIEN WÄHLER immer gemacht hat, wie betont worden ist. Eine grundlegende Mehrwertsteuerreform wäre okay. Bei dem Antrag gehen wir so nicht mit.

Ich komme zur Nothilfe. Genau die Betriebe, die noch ein bisschen Umsatz haben und die schneller wieder auf die Beine kommen, profitieren davon stärker. Genau die Schere machen wir auf. Auf diese Art und Weise produzieren wir doch einfach nur ineffizient herausgeschmissenes Geld. Wir könnten Förderprogramme machen. Wir

könnten die Innenstädte zum Beispiel mit Kauf-vor-Ort-Gutscheinen stärken. Wir könnten vieles tun, bei dem das Geld sehr viel effizienter eingesetzt wäre als mit einer Maßnahme, die die Schere weiter aufmacht. Deswegen verstehe ich nicht, dass Sie es als Nothilfe darstellen.

Kümmern Sie sich doch lieber darum, dass die Novemberhilfen endlich kommen, statt jetzt Zeit darauf zu verwenden, das noch einmal auf der Bundesebene anzubringen. Kümmern Sie sich darum, dass es da vorwärtsgeht; denn nach dem, was ich gestern und heute Morgen gehört habe, kommen die Hilfen im November vielleicht nicht mehr. Das ist doch die eigentliche Sauerei. Das ist doch, was die Betriebe eigentlich gerade beschäftigt. Die Novemberhilfen müssen kommen. Alles, was davon ablenkt, was die Schere weiter aufmacht und nicht zielgerichtet ist, hilft da einfach nicht. Setzen Sie sich für die Novemberhilfen ein, nicht jetzt wieder für so einen Schaufensterantrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann es mir eigentlich nur so erklären, dass Sie eine Beruhigungspille brauchen. Herr Aiwanger hat auf dem Gastgebertag sehr kämpferisch geredet. Klar ist auch, dass es eine Forderung des Branchenverbands ist. Ich glaube, das ist jetzt die Beruhigungspille. In einem halben Jahr haben wir den Antrag wieder. Wahrscheinlich ist die Situation die gleiche, und dann sagen ich Ihnen wieder: Eine grundlegende Mehrwertsteuerreform kann man mit uns gerne machen, aber so ein Flickwerk nicht. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Michael Hofmann von der CSU-Fraktion auf.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER in Zusammenhang

mit der Reduzierung der Umsatzsteuer mag vielleicht, wie es der Kollege Zwanziger jetzt auch noch einmal ausgedrückt hat, nicht unbedingt so sexy überkommen. Man könnte sogar fragen, ob der Antrag unbedingt notwendig ist angesichts der Tatsache, dass die Bayerische Staatsregierung sich anerkannterweise und vehement dafür einsetzt, dass dies alles schon geschieht.

Wir kämpfen dafür. Wir haben dafür gekämpft. Die erste Initiative für einen gleichmäßigen Umsatzsteuersatz geht übrigens schon auf das Jahr 2009 zurück, Herr Kollege Zwanziger. Daran sehen Sie, dass es wohl tatsächlich kaum ein anderes Gesetz gibt, das so verkorkst ist wie das Umsatzsteuergesetz. Wir müssen allerdings alle miteinander konstatieren, dass dieses Umsatzsteuergesetz der Mitsprache so vieler auf Bundes- und Länderebene unterliegt, dass wir ganz offensichtlich in den letzten Jahren immer wieder an einer Reform gescheitert sind. Wieso ist dieser Antrag jetzt trotzdem unbedingt notwendig? – Ich will es Ihnen erklären.

Natürlich setzt sich die Bayerische Staatsregierung dafür ein. Das haben wir durch mehrere Anträge dokumentiert. Aber aufgrund des jetzigen Lockdowns ist es noch einmal wichtig zu unterstreichen, in welcher Situation die Gaststätten und Hotels sind. Wir haben hier eine massive Belastung aufgrund der Tatsache – und das ist anders als in anderen Branchen –, dass man mögliches Konsumverhalten zu einem späteren Zeitpunkt nicht nachholen kann. Das Schnitzel, das heute nicht verkauft wird, wird auch im Dezember oder im Januar nicht verkauft. Der Umsatz ist weg. Wenn Sie mir jetzt erklären, dass wir im Zusammenhang mit der Soforthilfe sozusagen eine Rauchbombe werfen, dann stimmt das schlicht und ergreifend nicht; denn wir stellen fest, dass diese Umsatzsteuerreduzierung auch in Zukunft für unsere Gaststätten notwendig ist. Sie werden sie auch in Zukunft brauchen. Die Einschränkungen, die durch diesen "Lockdown light" letzten Endes wieder erfolgt sind – wer auch immer die Begrifflichkeiten gut findet –, sind so massiv, dass die Gastronomie auf Dauer auf diesen reduzierten Umsatzsteuersatz angewiesen sein wird. Deswegen ist es wichtig, das Ganze dementsprechend erneut zu unterstreichen.

Ich sage Ihnen auch klar: Vor dem Hintergrund dieser jüngsten Entscheidung ist es wichtig, dass auch der Bayerische Landtag ein Zeichen an unsere Gastronomen draußen gibt und signalisiert, dass dieser Freistaat weiß, was er an seinen Gastronomen hat. Hier geht es nicht nur um Essen und Trinken. Wir haben hier kulturelle Zentren, in denen sich die Menschen begegnen und austauschen. Für jedes Dorf ist es schlicht und ergreifend ein Schuss ins Knie, wenn der nächste Gastronom aufhören muss.

Wieso sperren Sie sich so vehement dagegen, die Umsatzsteuer zu reduzieren, um Betrieben weiterzuhelfen, die für unser gesamtgesellschaftliches Leben in Bayern unbestritten wichtig sind? – Da hilft es auch nichts, dass Sie fragen: Wieso ist das jetzt weniger einschneidend als bei anderen? Haben wir jetzt tatsächlich einen internationalen Wettbewerb? – Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die jüngsten Entwicklungen es mehr denn je notwendig und erforderlich machen, sich für die Gastronomie in Bayern einzusetzen.

Wir hoffen sehr, dass auch die anderen Bundesländer jetzt endlich erkennen, dass es sinnvoll ist, diese Gastronomen mit zu unterstützen. Wenn sie es nicht für sich betrachten wollen, dann sollen sie es wenigstens vor dem Hintergrund betrachten, dass es uns wichtig genug ist. Ich hoffe, Herr Staatsminister, dass Sie da mit den nächsten Bundesratsinitiativen erfolgreich sind. Bislang hatten wir leider relativ wenig Erfolg. Aber letzten Endes heißt es, die Situation zu nutzen und dafür zu sorgen, dass die anderen Bundesländer und auch der Bundestag bei dieser Reduzierung mitgehen. Deswegen halten wir den Antrag der FREIEN WÄHLER für notwendig und erforderlich. Wir unterstreichen, dass die Bayerische Staatsregierung bereits für die Gastronomen tätig war. Sie wird weiterhin tätig sein. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte noch am Mikrofon, Herr Abgeordneter. – Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwi-

schenbemerkung kommt vom Abgeordneten Zwanziger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Hofmann, ich stelle einmal fest und habe es auch betont, dass es uns wichtig ist, dass wir Betriebe, die jetzt schließen müssen, durch die Krise bringen. Stimmen Sie mir darin zu, dass die erwarteten Novemberhilfen, die aber irgendwie nicht aus den Startlöchern herauskommen, ein besseres Mittel als eine Mehrwertsteuersenkung sind?

Wir sind in der Corona-Krise und haben den Impfstoff in Aussicht. Aber er ist noch nicht fertig, und wir sind lange noch nicht durchgeimpft. Stimmen Sie mir darin zu, dass wir uns vielleicht auf die Maßnahmen konzentrieren sollten, die die Betriebe erst einmal durch die Krise bringen? Wäre das nicht wichtig, bevor wir irgendwann sagen: Wenn es dann wieder besser geht, dann gibt es auch niedrige Steuern? – Am Ende ist keiner mehr übrig.

Stimmen Sie mir außerdem beim Thema des nachzuholenden Konsums zu? – Das Schnitzel haben Sie erwähnt. Wir können die Beispiele komplett durchgehen. Uns fallen sicher noch Beispiele außerhalb der Gastronomie ein, bei denen man mit dem nachzuholenden Konsum bei einer so langen Strecke, wie wir sie jetzt schon hinter uns haben, auch nicht argumentieren kann, seien es Schwimmbad- oder Kinobesuche. Ich glaube jetzt nicht, dass jeder dann dreimal so viel schwimmen geht. Meine Fragen richten sich also auf die Novemberhilfen und die Ungleichbehandlung anderer Branchen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Abgeordneter.

Michael Hofmann (CSU): Vielen Dank für die Zwischenfrage. Zunächst einmal stelle ich unabhängig davon, inwieweit andere Branchen und Betriebe ähnliche Probleme haben, fest, dass ich mich mit dem heute vorliegenden Dringlichkeitsantrag beschäftige. Wenn Sie in Zukunft weitere Dringlichkeitsanträge einbringen wollen, weil Sie Schwimmbäder oder Ähnliches stützen wollen, dann werde ich mich genauso intensiv

damit beschäftigen wie mit diesem Dringlichkeitsantrag. Mich ärgert, dass Sie hier jetzt gerade versuchen, einen Widerspruch zu konstruieren. Selbstverständlich müssen die Novemberhilfen so schnell wie möglich kommen. Ich glaube, dass wir uns in dem Zusammenhang auch als CSU in den letzten Tagen deutlich zu Wort gemeldet und um Eile gebeten haben. Das bedeutet doch nicht, dass ich mich nicht gleichzeitig auch für eine Umsatzsteuerreduzierung einsetzen kann. Wir sind tatsächlich multitaskingfähig, Herr Kollege Zwanziger. Wir können sowohl das eine als auch das andere.

Ihr Vorschlag, zu sagen, jetzt helfen wir ihnen erst einmal durch die Krise und dann schauen wir mal, wie es weitergeht, zeigt im Grunde genommen nur, dass Sie vergessen haben, dass die Menschen auch eine Perspektive brauchen. Es reicht nicht nur, ihnen jetzt die Stütze für den November zu geben, sondern sie müssen auch wissen, dass sie nach dem November mit entsprechend reduzierten Umsatzsteuersätzen gut weiter in die Richtung gehen können, in die sie gerne gehen wollen. Wir geben den Menschen mit diesem Antrag eine Perspektive.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Eine zweite Zwischenbemerkung macht Herr Kollege Adelt von der SPD-Fraktion.

Klaus Adelt (SPD): Herr Kollege Hofmann, Sie setzen sich für eine Senkung der Mehrwertsteuer ein auf einen Konsum, der gar nicht stattfindet, auf Speisen und Getränke, die nicht verkauft werden, auf Umsätze, die nicht getätigt werden. Warum setzen Sie sich nicht dafür ein, dass in Gaststätten, in denen das Hygienekonzept hervorragend funktioniert, der Verkauf von Speisen und Getränken im Lokal ermöglicht wird, damit die Gastwirte so die Chance haben, jetzt und nicht erst mit der Mehrwertsteuer-senkung irgendwann im nächsten Jahr Geld zu verdienen? Wie stehen Sie dazu, oder wie stehst du dazu?

Michael Hofmann (CSU): Darf ich?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte.

Michael Hofmann (CSU): Vielen Dank, Herr Kollege Adelt. Zunächst einmal sollte man den Antrag durchlesen. Es geht nicht um den Umsatz, den man jetzt nicht generieren kann, sondern im Antrag steht, dass wir eine dauerhafte Reduzierung wollen. Das heißt, wir geben die Perspektive für zukünftigen Konsum im Jahr 2021 und darüber hinaus für einen reduzierten Umsatzsteuerbetrag. Das ist der entscheidende Punkt. Ich glaube, dass dies unseren Gastronomen weiterhelfen wird.

Ich bin dir aber für den weiteren Punkt dankbar, weil mir dies die Gelegenheit gibt, noch mal mit einem Vorurteil oder einem Missverständnis aufzuräumen: Die Tatsache, dass die Gastronomen jetzt schließen mussten, hat überhaupt nichts damit zu tun, dass irgendjemand Fehler begangen hätte oder in irgendeiner Form bestraft würde. Wir richten uns schlicht und ergreifend danach, was uns Wissenschaftsgesellschaften aufgegeben haben und versuchen, Kontakte so weit wie möglich zu reduzieren. Dementsprechend müssen wir uns auch an solche Branchen heranwagen, für die es uns unglaublich leidtut. Die Maßnahme, die ergriffen worden ist, bedeutet nicht, dass sich die Gastronomen falsch verhalten hätten, –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die Redezeit ist beendet.

Michael Hofmann (CSU): – dass sie in irgendeiner Form Fehler begangen hätten, sondern es bleibt uns schlicht und ergreifend nichts anderes übrig, als dieses Mittel in Betracht zu ziehen. Ich wäre dankbar, wenn ihr das draußen mitteilt; denn andere Bundesländer machen es genauso.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Zunächst einmal zu meinem Vorredner Herrn Hofmann: Wissen Sie, dass Herr Martin Runge, der heute nicht da ist, zum Beispiel im Jahr 2007, als damaliger wirtschaftspolitischer Sprecher der GRÜNEN die Mehrwertsteuerreduzierung massiv gefordert hat? – Dies geht auch an die Adresse von Herrn Zwanziger. – Herr Stöttner hat dies als damaliger Sprecher der CSU abgelehnt. 2009 war dann Herr Seehofer vor der Bundestagswahl als damaliger Ministerpräsident unter Druck geraten und hat bei einem großen Sommerempfang am 21.07.2009 versprochen, sich für die Mehrwertsteuerreduzierung einzusetzen. Dies sind die Fakten aus der Vergangenheit.

Als tourismuspolitischer und wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion und als seit 32 Jahren selbstständiger Gastronom sage ich den FREIEN WÄHLERN die Zustimmung zu diesem Antrag zu. Er wiederholt, wie meine Vorredner gesagt haben, natürlich das, was die Staatsregierung schon vorhat. Im Antrag steht, wir sollten uns weiterhin dafür einsetzen. Weiterhin! Allein das Wort "weiterhin" besagt, man setzt sich doch schon dauernd dafür ein. Dann steht dort noch, "[...] dass Hotels und Gaststätten den jetzt anfallenden Schuldenberg später wieder abtragen können".

Jetzt kommen wir zum Kernpunkt: Heute gab es ein Urteil. Ein Fitnessstudiobetreiber hat geklagt und Gott sei Dank einmal eine dieser unsinnigen Auflagen des Lockdowns beseitigt, wo Hygieneauflagen eingehalten werden müssen. Der Inzidenzwert 50, der jetzt im Bundestag noch rechtlich verankert werden soll und der bei einem Anstieg auf über 50 die totale Einschränkung und Handhabe im Hinblick auf alle wirtschaftlichen Tätigkeiten mit sich bringen wird, ist der falsche Parameter.

Noch eine Anmerkung zu den wissenschaftlichen Empfehlungen, Herr Hofmann: Das RKI hat vor der leidigen Ministerpräsidentenkonferenz ganz klar ausgesagt, dass die Gastronomie nicht zu schließen sei, wenngleich es heute verlautbaren lässt, dass ein Lockdown über mehrere Monate durchaus vorstellbar ist. Eigentlich ist auch einmal ein Parameter gewesen, was Frau Merkel als Bundeskanzlerin beim ersten Lockdown

gesagt hat: Wir können den Lockdown aufheben, wenn der R-Wert unter 1 sinkt. Wissen Sie, welchen R-Wert wir heute haben? – 0,77. Dann frage ich Sie, ob diese Maßnahmen oder die stärksten Eingriffe, die wir in der Gastronomie wiederholt ertragen haben, noch gerechtfertigt sind. Ich fordere Sie auf, darauf zu antworten, genauso, wie ich Herrn Mehring das letzte Mal zur Antwort aufgefordert habe. – Lieber Fabian Mehring, du bist ausgewichen auf die Frage, ob die FREIEN WÄHLER die Fortsetzung des Lockdowns mittragen werden. Äußern Sie sich einmal ganz klar, Herr Wirtshausminister, ob Sie den Lockdown weiterhin fortsetzen wollen; denn das ist der Punkt. Eine Mehrwertsteuerreduzierung, wie es Herr Kollege Adelt gesagt hat, von nichts ist nichts. 75 % der Gastronomiebetriebe haben Angst, dass sie die Mehrwertsteuerreduzierung auf Dauer überhaupt nicht mehr erleben. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin rufe ich Frau Annette Karl von der SPD-Fraktion auf.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Gasthöfe, Gaststätten, aber auch Kneipen und Bars sind ein wichtiger Bestandteil der guten Lebensqualität in bayerischen Städten und Gemeinden. Aber gerade diese Branchen – wir haben das heute schon oft gehört – leiden besonders unter Corona und unter den Lockdowns, aber auch unter einer fehlenden Planungssicherheit, wie es denn nun in den nächsten Wochen weitergeht. Hilfe tut not. Auch hier sind wir uns wiederum alle einig.

Der Antrag der FREIEN WÄHLER erwähnt schon in der Überschrift explizit Corona und die Bewältigung der Corona-Folgen. Die Frage muss also sein: Hilft eine dauerhafte Mehrwertsteuersenkung bei der Behebung der Corona-Folgen im Gastgewerbe? Momentan helfen die angekündigten Novemberhilfen und die Aufstockung, die von Landesseite vorgenommen worden ist. 75 % des Umsatzes helfen den Gastwirtschaft-

ten erst einmal durchzuhalten. Eine schnelle Auszahlung ist nötig. Auch das ist schon gesagt worden. Hier müssen Minister Altmaier und Minister Scholz endlich in die Socken kommen. Heute Morgen ist angekündigt worden, dass es spätestens am 27. November eine Abschlagszahlung gibt. Das lässt hoffen, dass wir hier weiterkommen.

Eine Mehrwertsteuersenkung gibt es zwar jetzt im Lockdown, sie hilft aber niemandem weiter. Wie schon gesagt, ist es völlig egal, ob ich auf null Euro Umsatz 19 % oder 7 % Mehrwertsteuer erhebe. Die Mehrwertsteuersenkung auf Dauer ist aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein sehr teures und ein mit einer sehr großen Gießkanne verteiltes Instrument, das Corona-Folgen unserer Meinung nach nicht gerecht abfedern kann. Warum? – Eine Mehrwertsteuersenkung begünstigt einseitig große Unternehmen mit großen Umsätzen. Unser Augenmerk liegt aber vor allem auf den kleinen und mittleren Gastgewerbeunternehmen, auf der Kneipe an der Ecke und auf dem familiengeführten Gasthof mit dem leckeren Sonntagsbraten.

Nötig wären hier ein Entschuldungsprogramm für durch Corona entstandene Schulden, eine Ausweitung von Investitionsprogrammen wie dem bayerischen Wirtshausprogramm und vieles mehr, zuallererst aber Planungssicherheit für die Branche. Ich habe schon oft gesagt, dass eine Mehrwertsteuerreform auf Bundesebene nötig ist. Widersprüchlichkeiten gibt es nicht nur beim Gastgewerbe, sondern auch in anderen Bereichen. Es ist höchste Zeit, dass sich der Bund dieser Thematik annimmt.

Der heutige Antrag, der wie in einer Endlosschleife immer wieder durch diesen Landtag gezogen wird, heftet nur das Wort "Corona" an immer wieder vorgebrachte Forderungen. Wir lehnen ihn deshalb ab.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Karl. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sage bloß einer, die Steuerfachleute hätten keinen Humor. Ich sage immer: Die Regelungen zur Umsatzsteuer sind ein Quell des gelebten Wahnsinns. Da gibt es Steuersätze von 0 %, 5 %, 7 %, 16 % und 19 %, und dann gibt es auch noch Mischsätze von 10,7 % und 5,5 %. Es gibt Begriffe wie "reduzierter ermäßigter Steuersatz" oder "reduzierter Regelsteuersatz". Das macht unheimlich Spaß, zumindest dann, wenn man eine gewisse Art von Humor hat. Und dann gibt es noch Detailregelungen, wann wie wo was anzuwenden ist.

Jetzt kommen die FREIEN WÄHLER und wollen eine Vereinfachung. Sie wollen die Unterscheidung nach Art der Zubereitung und Verzehrort wegfallen lassen und damit den Steuersatz dauerhaft auf 7 % senken. Eine Frage vorab: Wieso fordern Sie das eigentlich genau jetzt, wo die Gaststätten ohnehin nur Essen to go anbieten können? Die Unterscheidung zwischen "hier essen" oder "mitnehmen" gibt es doch überhaupt nicht. Zumindest der Zeitpunkt ist schon etwas ungewöhnlich. Ich weiß, dass die Begründung eine andere ist. Ein anderer Zeitpunkt wäre aber besser gewesen.

Zum Inhalt: Natürlich begrüßen wir eine dauerhafte Senkung der Umsatzsteuer, um das Hotel- und Gaststättengewerbe zu schützen; denn diese Branche leidet unter den Corona-Maßnahmen besonders. Ich meine, sie leidet völlig zu Unrecht; denn diese Betriebe haben die Hygienekonzepte ganz überwiegend hervorragend umgesetzt. Deshalb hätte es das an dieser Stelle nicht gebraucht. Diese Senkung sollte dauerhaft erfolgen und nicht, wie das von der CSU in Berlin gefordert wurde, nur für zwei Jahre. Ich bin gespannt, wie weit die Bayerische Staatsregierung hier kommen wird.

Auf eine Ungereimtheit möchte ich hinweisen: Einerseits soll diese Senkung zur Stärkung der Gaststätten erfolgen. Das bedeutet, die Verkaufspreise bleiben gleich und die Ersparnis geht zugunsten der Gaststätten. Andererseits haben wir eine temporäre Senkung der allgemeinen Mehrwertsteuer von 19 % auf 16 % beschlossen. Dabei soll die Ersparnis aus den reduzierten Preisen an die Kunden weitergegeben werden. Wozu dient jetzt eigentlich eine Senkung der Mehrwertsteuer? Das ist inkonsequent

und passt nicht zusammen. Die saubere Lösung wäre, dass die Ersparnis, solange wir noch in der Krise sind, bei den Gaststätten bleibt und dass sie danach über reduzierte Preise an die Kunden weitergegeben werden muss. Mir leuchtet das nicht ein.

Ich komme zurück zum Ursprung: Was wir wirklich brauchen, ist eine grundsätzliche Reform der Umsatzsteuer. Wir brauchen klare und ganz wenige Steuersätze und keine kleinteiligen Ausnahmen. Das würde das System transparenter und verständlicher machen. Damit kämen wir auch aus der Diskussion um den Lobbyeinfluss heraus. Sehen wir uns das Steuergesetz jetzt an, riecht es sehr danach. Initiieren Sie doch einmal eine grundsätzliche Umsatzsteuerreform! Da wäre ich mit vollem Herzen dabei. Dem vorliegenden Antrag stimme ich trotzdem zu; denn er ist jedenfalls besser als gar nichts.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Die nächsten Redner sind zwei Staatsminister. Zunächst hat sich eigentlich Herr Staatsminister Hubert Aiwanger zu Wort gemeldet. Charmant, wie er ist, hat er selbstverständlich seiner Kollegin Kerstin Schreyer den Vortritt gelassen. Frau Schreyer, ich bitte um Ihre Rede.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Herr Präsident, liebe Kollegen! Seien Sie bitte nicht verwirrt. Ich habe mich nicht im Ressort geirrt, sondern ich habe die Vertretung von Albert Füracker. Wir vertreten uns gegenseitig. Deshalb spreche ich heute in Vertretung von Albert Füracker. Die Federführung für dieses Thema liegt selbstverständlich beim Finanzministerium.

Ich wollte mich eigentlich nicht melden; denn die Wortbeiträge der FREIEN WÄHLER und der CSU waren eigentlich selbsterklärend. Ich habe nicht gedacht, dass ich dazu noch etwas sagen muss. Ein paar Punkte in der Debatte haben mich aber geärgert. Lieber Hubert, deshalb ist es uns gleichzeitig in den Sinn gekommen, uns zu melden.

Der FDP-Kollege hat aus meiner Sicht zu Recht gesagt, dass die Gastro ein sehr gutes Hygienekonzept hat. Ja, Sie haben recht. Sie hatte ein sehr gutes Hygienekonzept. Das hatten wir überall. Die Zahlen sind aber explodiert. Deshalb müssen wir 75 % der Kontakte reduzieren. Uns allen miteinander muss klar sein, dass wir deshalb Einschnitte machen müssen. Die Staatsregierung hat gemeinsam mit den Fraktionen äußerst klug entschieden, dass die Kitas und die Schulen offen bleiben. Die Kontakte müssen aber reduziert werden, und das ist in der Gastronomie am ehesten möglich. Dass dieser Schritt schmerzhaft und für die Betroffenen ganz bitter ist, ist klar. Aber meinen Sie denn, wir machen das zum Spaß? Meinen Sie, wir machen einfach mal irgendwas zu? – Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Die breite Masse der Abgeordneten hier überlegt äußerst differenziert und sagt nicht Einzelnen: Bei euch geht es doch irgendwie auch. Das wäre keine Politik. Im Zuge einer Pandemie ist Gesamtverantwortung gefragt. Wir alle müssen dann überlegen, was wir wem zumuten können.

Ich bin deshalb den FREIEN WÄHLERN für den Antrag so dankbar. Die Gastronomie erlebt massive Härten. Deswegen müssen wir uns überlegen, wo wir abfedern und unterstützen können. Herr Kollege Hubert Aiwanger kämpft dafür mit den Soforthilfen wie ein Löwe. Wir müssen auch bei den Steuern überlegen, wo wir hinlangen. Deshalb ist der Antrag völlig richtig und auch zum richtigen Zeitpunkt gestellt worden. Herr Kollege Bergmüller hat gesagt, er wisse nicht, warum dieses Thema jetzt gesetzt würde. In welcher Debatte waren Sie denn in den letzten Wochen? Wir haben sehr deutlich formuliert: Wir sind in einer Pandemie. Die Gastronomie trifft es besonders hart. – Deshalb ist es klar, dass man hier agieren muss.

Herr Kollege Bergmüller, Sie haben heute den R-Wert genannt und Fragen zum Thema Lockdown gestellt. Ehrlich gesagt, da verstehe ich Sie nicht. Das Parlament hat darüber oft und intensiv diskutiert. Wir brauchen uns doch nur die Zahlen anzusehen, dann wissen wir, warum das passiert, was passiert. Wenn wir heute verantwortungsvolle Politik betreiben wollen, heißt das: Wir müssen uns die Zahlen ansehen und die richtigen Maßnahmen treffen. Ein wesentlicher Punkt dabei ist es, die Gastro-

nomie zu unterstützen. Das muss im Bund durchgesetzt werden. Die Staatsregierung wird dafür natürlich im Bundesrat kämpfen wie ein Löwe. Dann wurde noch der arme Kollege Klaus Stöttner angegriffen, der immer wieder sagen musste: Es geht nicht. – Aber die Zeiten haben sich geändert. Gerade Klaus Stöttner ist einer von denjenigen, die immer dafür gekämpft haben. Es ging aber nicht immer alles. Auch wenn wir die Wünsche von allen zusammentragen, müssen wir feststellen, dass nicht immer alles geht. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt. Stimmen Sie bitte dem Antrag zu.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Staatsministerin, bleiben Sie bitte am Mikrofon. – Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Abgeordneten Bergmüller.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, Sie haben anscheinend vorher nicht gescheit zugehört; denn die Behauptung stammt nicht von mir, dass der Antrag zum jetzigen Zeitpunkt nicht richtig wäre. Ich habe meine Zustimmung signalisiert, habe aber auf das Wesentliche abgestellt, dass diese Regelung für viele Betriebe nicht mehr relevant sein wird. Zum R-Wert habe ich Zitate der Bundeskanzlerin gebracht. Die können Sie jederzeit nachlesen. Auf einmal gilt alles nicht mehr. Heute wurde um 10:50 Uhr im Radio bekannt gegeben, dass die Auslastung der Intensivbetten bei einem Drittel liegt. Liebe Frau Schreyer-Stäblein, ganz klar gefragt: Wo ist Ihr Konzept, wenn das nicht aufgehen sollte? Sind Sie dann für einen dritten Lockdown oder für die Fortsetzung dieses Lockdown light?

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Lieber Herr Bergmüller, ich bedanke mich recht herzlich für die Fragestellung. Sie ermöglicht mir nämlich, mehrere Dinge klarzustellen: Kein Mensch in diesem Haus ist irgendwie für einen Lockdown, aber wir stehen oft vor der Notwendigkeit, Entscheidungen zu treffen. Der Unterschied zwischen Ihnen und mir ist: Ich stelle mich auch hin, wenn eine Entscheidung unangenehm ist. Wenn diese Entscheidung richtig ist, müssen wir sie treffen.

Ihre Argumentationskette ist im Übrigen genauso althergebracht wie mein Name. Sie sind vier Jahre mit meinem Namen hinterher. Ich vermute, dass Sie auch politisch ganz weit vom Hier und Jetzt entfernt sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben noch eine zweite Zwischenbemerkung. – So schnell geht das nicht.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Entschuldigung!

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Zwischenbemerkung: vom fraktionslosen Abgeordneten Swoboda, bitte.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Schreyer, Sie werden hier noch ein bisschen gebraucht; darum darf ich Sie noch nicht gehen lassen. Sie verzeihen mir das.

Sie haben gerade gesagt, welche Verantwortung die Staatsregierung hat und dass Sie sich auch in der Verantwortung sehen. Verantwortung heißt nach meiner Meinung, dass man dort ansetzt, wo die Gefahr am größten ist. Die Gefahr ist am größten – das wissen Sie eigentlich gar nicht – in dem Bereich, wo 75 % der "Spreaderei", um es salopp zu sagen, stattfindet. Das ist Ihnen gar nicht bekannt, und anderen Politikern bundesweit auch nicht.

Bei den Gaststätten haben Sie angesetzt, obwohl Sie selber bestätigen, dass die ein hervorragendes Hygienekonzept hatten, und wir alle, die gern essen gehen, die Gastronomie und Hotellerie gut kennen, wissen, dass das auch durchsetzbare Konzepte waren, verantwortungsbewusst gemacht. Aber weil es gerade opportun ist und weil man Zahlen braucht, um einen Lockdown light zu machen, ist man auf die Gaststätten losgegangen und nicht auf den ÖPNV. Schauen Sie sich da mal um! Da gibt es kaum Hygienekonzepte, außer Maske zu tragen. Aber ansonsten hängt es vom Zufall ab, –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist um, Herr Abgeordneter.

Raimund Swoboda (fraktionslos): – ob "gespreadet" wird oder nicht. Mir wäre es recht, wenn Sie sich dazu äußern würden, Frau Schreyer. Herzlichen Dank!

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr gerne, Herr Kollege Swoboda. Es ist schön, von Ihnen zu hören, dass ich noch gebraucht werde. Das hoffe ich doch, und das nehme ich auch sehr gerne an, dass ich noch gebraucht werde. Gerne antworte ich Ihnen auch.

Ja, wir können nicht jeden Fall nachvollziehen. Da haben Sie völlig recht. Aber was ist denn die Alternative? Sollen wir sagen: Weil wir nicht alles nachvollziehen können, ist es uns egal, wie die Infektionsherde zunehmen und ob wir die Betten und die Pflegekräfte haben? Wir sind der Auffassung, dass wir als Politik verantwortungsbewusst entscheiden müssen und, soweit wir können, für die Menschen in Bayern den Schutz organisieren müssen.

Meinen Sie, dass die Kollegin Gesundheitsministerin die letzten Monate aus Spaß an der Freude wie eine Löwin um die medizinische Versorgung kämpft? Meinen Sie, das macht Spaß? – Nein, das tut es nicht. Sie tut es, weil sie verantwortungsbewusst handelt. Wir alle hier als Abgeordnete, nicht nur die Staatsregierung, müssen miteinander klug überlegen, wie wir die Zahlen angesichts solcher Steigerungen wieder senken können.

Sie können natürlich sagen: Das eine vielleicht nicht. – Dann müssen Sie aber sagen, was Sie stattdessen schließen würden; denn am Ende geht es darum, Menschenleben zu schützen. Ich bin sehr froh, dass der überwiegende Teil hier Verantwortung zeigt und sagt: Okay, die Entscheidungen sind nicht angenehm, wir stellen uns aber alle dahinter, wir stellen uns der Verantwortung.

Genau deswegen müssen wir kompensieren. Der Antrag der FREIEN WÄHLER ist eine Möglichkeit, der Gastronomie zu helfen. Helfen Sie alle mit, und stimmen Sie zu!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Keine weiteren Zwischenbemerkungen.

Ich rufe jetzt Herrn Staatsminister Hubert Aiwanger auf. – Nachdem am Rednerpult desinfiziert wurde.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Debatte zeigt, wie sehr uns Gastronomie, Tourismus und Gastgewerbe am Herzen liegen. Durch die Schließungen zeigt sich erst, welche wichtige Rolle die Gastronomie in unserem gesellschaftlichen Leben spielt. Früher hat man sich immer ein bisschen darüber lustig gemacht. Ziemlich zu Beginn meiner Amtszeit hat man sich darüber lustig gemacht und mir vorgeworfen, dass ich mich so sehr um die Gasthäuser gekümmert habe, die seien unwichtig, der Wirtschaftsminister solle sich lieber um die großen Autokonzerne kümmern, alles andere sei uninteressant. – Ich kümmere mich um alles, eben auch um die Gasthäuser. Ich bin der Überzeugung, dass wir hier natürlich langfristig denken müssen.

Die heutige Debatte müssen wir zweiteilen. Die erste Frage ist: Wie kommen wir über die nächsten Wochen und Monate? – Natürlich kämpfen wir auch in Berlin dafür, dass die Novemberhilfe möglichst schnell kommt. Ich sage hier aber gleich dazu: Wenn Hilfen schnell kommen sollen, dann werden sie ungenau. Ich weiß schon jetzt, dass nachher wieder Kritik kommen wird, wenn irgendwo jemand gefunden wurde, der zu Unrecht einen Antrag gestellt und dummerweise Geld bekommen hat oder einen Euro zu viel. Daran wird dann wieder abgelesen werden, wie falsch wir alles machen würden. Ein anderer wird sagen, die Anträge hätten drei Tage zu lange gelegen, das Geld sei nicht sofort geflossen. – Man wird in diesem Zielkonflikt natürlich versuchen müssen, dass schnell Geld fließt und möglichst wenig danebengeht.

Das Bundesfinanz- und das Bundeswirtschaftsministerium bemühen sich redlich darum, gute Lösungen zu finden. Wir helfen mit, wo es irgend geht, damit möglichst schnell Geld bei den betroffenen Branchen ankommt. Wir haben sogar eine baye-rische Lösung obenauf gesetzt, die aber teilweise an der Bundeslösung der Novem-berhilfe hängt, um in Berchtesgaden, Rottal-Inn, Rosenheim und Augsburg zusätzlich bayerisches Geld für die zu geben, die schon im Oktober geschlossen haben. Auch da waren in erster Linie Hotellerie und Gastronomie massiv betroffen. Das ist die eine Baustelle.

Dann geht's natürlich darum, wie es im Dezember weitergeht. Natürlich hoffen wir alle, dass der derzeit deutlich unter eins liegende R-Wert dazu führt, die Lockdown-Maß-nahmen nicht in den Dezember verlängern zu müssen. Das ist mein größter Wunsch, und mit Sicherheit auch der größte Wunsch der Gastronomie. Heute sind die Zahlen der Positiv-Getesteten noch mal deutlich gestiegen. Die Zahlen der Patienten in den Krankenhäusern stagnieren derzeit, Gott sei Dank, zwar auf relativ hohem Niveau, aber sie stagnieren; hoffentlich gehen sie nicht so sprunghaft weiter nach oben wie die Zahl der Positiv-Getesteten, wobei zu befürchten ist, dass das mit einer gewissen Ver-zögerung doch geschieht. Noch mal: Hoffen wir darauf, ein Dezember-Geschäft er-möglichen zu können.

Wir schauen trotzdem in die Zukunft, deutlich über die Mitte des nächsten Jahres hin-aus. Bis dann ist die aktuelle Mehrwertsteuersenkung terminiert, geplant auf 7 %, dann auf 5 %. Ich gebe allen Kritikern recht: 5 % oder 7 % oder 19 % von null ist und bleibt null. Also geht ohne Öffnung am Ende sowieso nichts. Wir wollen wieder öffnen. Wir wollen aber langfristig eine Perspektive für die Gastronomie bieten.

Schon vor der Corona-Zeit war nicht nachvollziehbar, dass man am Drive-in den ermä-ßigten Mehrwertsteuersatz bezahlt hat und in der Gastronomie ohne Wegwerfartikel und mit Porzellan-Geschirr usw. die hohen Mehrwertsteuersätze anfielen. Deshalb ist und bleibt es richtig, mit oder ohne Corona, den Mehrwertsteuersatz für die Gastrono-mie dauerhaft auf den niedrigen Satz zu senken, und zwar für Speisen und Getränke,

damit die Gaststätten langfristig eine Perspektive haben. Da will ich mich auch gar nicht auf die Debatte einlassen, die die FDP mit der Frage eröffnen wollte, ob diese Senkung den Kunden zugutekommt oder nicht. Dem Gast kommt schon mal zugute, wenn es das Wirtshaus überhaupt noch gibt, Punkt eins.

Zweitens braucht der Gastronom wohl einen gewissen Teil der Mehrwertsteuersenkung, vielleicht auch alles, um die zunehmenden Auflagen zu erfüllen und das Personal gut bezahlen zu können.

Ich bin davon überzeugt, die Perspektive der bayerischen Gastronomie ist nicht das Billigwirtshaus auf Dauer. Wir müssen hier von den Nachbarländern lernen, die schon seit Jahren auf Qualität und auf ein gewisses Preisniveau setzen. Deshalb gönne ich es den Gasthäusern, wenn sie diese Mehrwertsteuersenkung behalten, damit sie ihre Häuser sanieren können; dann brauchen wir nämlich weniger bayerische Wirtshausförderprogramme, um die Gasthäuser überhaupt am Leben zu erhalten. Ich gönne es ihnen, und ich gönne es dem Bedienpersonal und dem Küchenpersonal, wenn dieses Geld in Form höherer Löhne bei ihnen im Personal ankommt. Ich gönne es auch einer Ortschaft, wenn die Gemeinde nicht ein Wirtshaus übernehmen muss, um überhaupt noch eine Vereinsgaststätte zu erhalten. Die Wirte sollen eine Perspektive haben.

Deshalb ist ganz klar, dass wir kurzfristig versuchen, möglichst ein Dezember-Geschäft zuzulassen, wenn es das Corona-Geschehen hergibt. Das können wir heute aber noch nicht endgültig einschätzen. Mein Wunsch ist es.

Für die Zukunft wollen wir der Gastronomie auf alle Fälle die Chance geben, mit einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz wirtschaftlich besser über die Runden zu kommen, deshalb dieser Antrag.

Berlin hat sich bewegt. Zwar wird immer gesagt, das seien alte Kalauer, die hier wiedergegeben werden; aber irgendwo haben sie doch eine Wirkung in Berlin entfaltet. Die Idee der Mehrwertsteuersenkung – bis Mitte kommenden Jahres zunächst begrenzt – ist dort angekommen und wurde dort politisch mitgetragen.

Unter dem Eindruck, dass die Corona-Situation in ein paar Monaten sicherlich nicht erledigt sein wird, zumindest bezüglich der wirtschaftlichen Auswirkungen, bin ich der Überzeugung, dass es richtig ist, diese Mehrwertsteuersenkung auf Speisen und Getränke für die deutsche Gastronomie dauerhaft beizubehalten. Deshalb ist dieser Antrag richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Eine Zwischenbemerkung, Herr Staatsminister. – Herr Abgeordneter Bergmüller, bitte.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Hubert Aiwanger, lieber Wirtshausminister! In der 43. Kalenderwoche habe ich in einer der letzten Debatten gesagt, dass die Zahlen der Infektionsherde aus Österreich bekannt seien; damals waren es 57 in der Gastronomie und 1.384 im privaten Bereich. Du hast gesagt, ihr wollt versuchen, ein Dezember-Geschäft zuzulassen. Das wurde mit dem folgenden Halbsatz wieder etwas eingeschränkt: "wenn es das Corona-Geschehen hergibt."

Was ist denn, wenn die Werte jetzt nicht heruntergehen, obwohl offensichtlich ist, dass die Gastronomie, wie es die Österreicher schon erkannt haben, nicht der ursprüngliche Infektionsherd ist? Was sagt der Wirtshausminister – jetzt noch einmal dieser Begriff, denn damit fühlst du dich ja geehrt wie früher der Wirtschaftsminister Wiesheu –, der sich als Sprachrohr für die Gastronomie oder für die Wirtschaft geriert, dazu, wie er die Arbeitnehmer unterstützen will? Wie will er Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterstützen, wie Zigtausende von geringfügig Beschäftigten, die jetzt überhaupt nichts mehr kriegen, weil sie überhaupt keine Perspektive haben? Dazu erwarte ich mir vom Wirtschaftsminister eine Aussage.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister!

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Natürlich gilt die Aussage, die ich vorhin getroffen habe: Ich wünsche mir und hoffe, dass

wir im Dezember nicht schließen müssen. Dies wird nicht in Bayern allein entschieden, sondern es ist eine bundesweite Vorgabe. Natürlich könnten wir in Bayern massiv davon abweichen. Es hängt davon ab, wie sich die Zahlen in den nächsten Wochen entwickeln. Wenn sie deutlich steigen und die Krankenhäuser voller werden, dann werden Rufe sehr laut, andere Wirtschaftsbereiche zusätzlich zu schließen.

Natürlich ist die Debatte berechtigt: Ist es denn so, dass es dort ein nennenswertes Infektionsgeschehen gibt? – Ich glaube dies nach wie vor nicht, sondern ich glaube, dass in einer ordentlich betriebenen Speisegaststätte weniger passiert. Aber es ging beim Lockdown eben auch darum, gesellschaftlich die Frequenz herunterzufahren, weniger Bewegung in den Städten bzw. Innenstädten, den Kneipenszenen usw. zu haben. Deshalb wurde diese Entscheidung politisch auch von Berlin so vorgegeben. Dem ist Bayern gefolgt. Ob es der Weisheit letzter Schluss ist, das wissen die Virologen, vielleicht wissen sie es nicht einmal selbst.

Noch einmal: Mein Wunsch ist, dass geöffnet bleiben kann. Wir werden auf alle Fälle schauen, dass die jetzigen Hygienekonzepte dazu führen, dass die Gastronomie, sobald es irgend möglich ist, wieder öffnen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FreieN Wähler auf Drucksache 18/11191 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von Freie WählerN, CSU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/die Grünen. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.